

STELLUNGNAHME

zum Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie:

Bei den Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen haben sich Arbeitgeber und IG Metall auf ein Tarifpaket „Zukunft in Arbeit“ verständigt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall hat dieses „Krisenpaket 2012“ heute einstimmig zur Übernahme in den anderen Tarifgebieten empfohlen.

Für das Jahr 2010 wurden Einmalzahlungen von insgesamt 320 Euro (Auszubildende 120 Euro) beschlossen. Zum 1. April 2011 erhöhen sich die Entgelte für eine Laufzeit von zwölf Monaten um 2,7 Prozent. Als flexible Regelung kann der Beginn dieser Erhöhung durch freiwillige Betriebsvereinbarungen um zwei Monate nach vorne oder hinten verschoben werden. Die Gesamtlaufzeit dieses Tarifvertrages beträgt 23 Monate.

Der Tarifvertrag sieht zudem ein Paket zur Jobsicherung vor. Eine sogenannte „tarifliche Kurzarbeit“ kann die Arbeitnehmer nach Ablauf der maximal möglichen gesetzlichen Kurzarbeit (24 Monate) weitere sechs Monate vor Kündigungen schützen. Hierbei kann die Arbeitszeit bis auf 26 Stunden pro Woche gesenkt werden, wofür die Arbeitnehmer einen Teillohnausgleich erhalten. Damit die Einigung wirken kann, soll nach dem Willen der Tarifpartner auch die Politik einen Beitrag leisten, indem sie den Arbeitgebern die Sozialversicherungsbeiträge in dieser Zeit erstattet.

Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) sieht ihre Forderungen nach Beschäftigungssicherung damit grundsätzlich erfüllt. Diese stand mit an oberster Stelle der Tarifforderungen der CGM. Kritisch betrachtet wird die Tatsache, dass die Tarifpartner die Wirkung von der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch den Staat abhängig machen. Dies stellt ein Paradigmenwechsel in der Tarifpolitik dar, dessen rechtliche und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Ob die Einmalzahlung in diesem Jahr ausreicht, um einen Inflationsausgleich zu leisten, ist aus Sicht der CGM noch nicht abzuschätzen, da Wirtschaftsprognosen zunehmend schwieriger werden. Die CGM hat sich daher generell für eine prozentuale Erhöhung und eine Laufzeit von zwölf Monaten ausgesprochen.